Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern 10 Pf.

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8. Fernsprecher 153 222

Haupt-Filiale Dresden: Marienstraße 34 (Fernsprecher Amt I Nr. 1713).

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Fernsprecher Amt VI Nr. 4603).

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Königl. Land- und des Königl. Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰. Familien- und Stellen-Anzeigen 20 ₰. Finanzielle Anzeigen, Geschäftsanzeigen unter Text oder an besonderer Stelle nach Tarif. Die 4gespaltene Reklamezeile 75 ₰.

Annahmeschluß für Anzeigen: Abend-Ausgabe: vormittags 10 Uhr. Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.

Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten. Extra-Beilagen (nur mit der Morgen-Ausgabe) nach besonderer Vereinbarung.

Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. B., R. & W. Klinkhardt).

Herausgeber: Dr. Victor Klinkhardt.

Nr. 308. Dienstag 20. Juni 1905. 99. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht im amtlichen Teile die Erhebung des Reichskanzlers in den Fürstenstand.

* Die Berggesetzkommission des preußischen Herrenhauses hat am Montag ihre Tätigkeit begonnen. (S. Deutsches Reich.)

* Bei den schweren Gewittern am Freitag und Sonnabend sind in Nord- und Westdeutschland in 62 Ortschaften durch Blitzstrahl 116 Gebäude eingeäschert, 34 Personen vom Blitze erschlagen, viele verletzt und viel Vieh getötet worden. Die Ernte ist durch Hagelschlag vernichtet. (S. Vermischtes.)

* Die außerordentliche Tagung des schwedischen Reichstags wird am Mittwoch feierlich eröffnet werden.

* Die Japaner haben die europäischen und die amerikanischen Firmen aufgefordert Port Arthur zu verlassen und ihre Waren zu entfernen.

Die Alldeutschen.

Die heurige Wormser Tagung der Alldeutschen kann von ihnen gut als eine Rechtfertigungstagung bezeichnet und beansprucht werden. So zu verstehen: in Worms hatten sie die Genugtuung, ihre aktuellen Pläne und Forderungen als durch die Ereignisse legitimiert hinstellen zu können.

Unsere Auslandspolitik steht unter dem Zeichen Marokko, und gerade in diesem Zeichen hat der Alldeutsche Verband gesiegt; um Marokko hat er sich reale Verdienste erworben. Das wird selbst der schärfste Gegner der manchmal über das Ziel hinausschießenden alldeutschen Forderungen zugestehen müssen, und nur der wird es leugnen können, dessen Gedächtnis die Geschehnisse eines Jahres nicht zu speichern vermag. Wir aber erinnern uns nur noch zu gut des merkwürdigen Tages, da der Kanzler, der damals nur erst Graf war, die englisch-französische Marokkoverständigung als keine Quelle der Besorgnis bezeichnete, sondern in ihr eine neue Friedensbürgschaft erblickte, da er es weit von sich wies, wegen Marokkos vom Leder zu ziehen. Dies war der Zeitpunkt, von dem an die schon vorher wertvolle Marokko-Propaganda des Alldeutschen Verbandes staatsmännischen Charakter annahm. Denn von da an war Marokko bei allen freiwillig oder unfreiwillig Offiziösen eine Wüste, um die auch nur einen Finger zu rühren sich nicht lohnte. Und jedermann war ein Phantast, der Marokko noch erwähnte. Auch wenn es den Beteiligten nicht passen sollte, so ist es heilsame Pflicht, immer wieder diese Tatsachen leuchten zu lassen, denn in ihnen enthüllt sich unwürdiger Servilismus oder gesegnete Kurzsichtigkeit deutscher Publikationsinstanzen überaus lehrreich, wenn auch augenschmerzlich.

Der Verband hat mit den Leuten, die wegen Marokkos nicht der Sittsamkeitsparole von der Ruhe als ersten Bürgerpflicht achteten, erlebt, wie endlich und zu einem allem Anschein nach durchaus nicht günstigeren Zeitpunkt — siehe die englischen Hetzadmirale — das Reich seine marokkanischen Pflichten erkannte. Ohne Rückhalt ist nun zu gestehen, daß unser diplomatischer Apparat ausgezeichnet funktioniert und seit langem ungewohnte Erfolge erzielt hat. Nur uns scheinen die aufgewandten Mittel nicht dem Preis zu entsprechen, und abermals erleben wir das Schauspiel, daß mit Entrüstung der Gedanke zurückgewiesen wird, Deutschland könne sich Sondervorteile — grauenhafte Vorstellung — verschaffen wollen. Es wäre auch gar zu schlimm, wenn wir einmal etwas für uns allein haben wollten. Heute wissen wir, daß wir um Marokko und des Herrn Delcassé Willen beinahe den Krieg mit Frankreich gehabt hätten, also gar so ungefährlich waren die Bülowschen Experimente denn doch nicht. Aber nicht das soll zum Vorwurf gemacht werden — der ist ein Tor, der immer und überall den Preis will ohne den Einsatz. Aber wenn wir schon eine neue Auflage des deutsch-französischen Krieges riskieren, der doch wirklich keine Kleinigkeit war, so sollte es auch um etwas gehen. Schon um sehr wichtiger innerer Gründe willen. Glaubt jemand, in Deutschland könne ein ähnlicher Enthusiasmus wie im großen Jahre durch die Ereignisse ausbrechen, wenn das Feldgeschrei heißt: Um die Sicherung der deutschen Einfuhr in Marokko? Die paar Millionen lohnten selbst einen siegreichen Krieg nicht, ja wir sind so ketzerisch zu sagen, sie wären nicht das Risiko des kaiserlichen persönlichen Engagements wert gewesen. Also wir meinen, und nicht erst seit der Tagung der Alldeutschen in Worms, wir sollten unsern Wunsch, ja die Notwendigkeit, an der Westküste Marokkos festen Fuß zu fassen, nur mit derselben edlen Dreistigkeit aussprechen, die von anderen Leuten als selbstverständlich angesehen wird und deren Fehlen uns nur lächerlich oder verächtig macht. Prof. Hasse hatte vollständig recht, wenn er die moralische Entrüstung wegen des „Verdachts" territorialer Erwerbungen als sehr unnötig bezeichnete.

Besonders erfreulich wirkte auch die warme Anerkennung der Leistungen unserer braven Südwestafrikaner. Noch immer scheint die Ordre zu gelten: Nichts über Afrika, was trotz allem den Fechtern in Entbehrungen und Strapazen, die bis zum Wahnsinn peinigten, den Todesmut nicht genommen hat. Daher ist es Pflicht der nationalen Kreise zu zeigen, daß man der Streiter im Felde nicht vergessen hat, und wie die Nationalliberalen in Dresden haben nun auch die Alldeutschen in Worms dieser Pflicht der Dankbarkeit genügt.

Die Erörterung der Flottenfrage brachte eine Ueberraschung, besser gesagt, eine Enthüllung. Generalleutnant z. D. v. Liebert erzählte von der Essener Tagung der Kolonialgesellschaft und von der Opportunität, die dort Triumphe gefeiert. Man hat es dort nicht für zweckmäßig gehalten, zur Flottenfrage Stellung zu nehmen, weil es an höchster Stelle hätte verdrießen können, da man schon Abmachungen mit der bekannten Partei getroffen habe, die heute leider ausschlaggebend sei. Nicht in der Stellungnahme der Kolonialgesellschaft liegt das Bedeutsame dieser Nachricht. Für diese Vereinigung ist die starke Flotte zwar conditio sine qua non, aber trotzdem nicht Zweck, so daß man es dem politischen Gewissen der Herren überlassen muß, ob sie um der satzungsgemäßen Zwecke willen das wichtigste Mittel zum Zweck zu negligieren für geboten erachten. Aber wohl selten ist die weit hinaufreichende gespenstische Hand des Zentrums so deutlich und drohend sichtbar geworden wie hier. Und ebenso selten ist die Kunde so gut verbürgt publiziert wie hier. Der General führte die Zurückziehung der geplanten Flottenresolution in Essen direkt auf die Person des Kaisers zurück, und nach der gegebenen Motivierung ist das oft behauptete und bestrittene unbestreitbare Faktum, daß unsere nationalen Existenzbedingungen abhängig sind oder gemacht werden von dem guten Willen einer Partei — des Zentrums.

Den Schluß füllte in Worms die Debatte über die politischen Ergebnisse der Rassenforschung aus. Zu diesen Debatten möchten wir keine unbedingte Zustimmung aussprechen. Das Thema ist zu wenig geklärt und an sich sehr bedenklich. Zumal antisemitische Unterströmungen sind da kaum zu vermeiden, und auch im Ton scheint uns nicht immer das rechte Maaß innegehalten zu sein. Es fielen (von uns im Bericht übrigens aus guten Gründen und als unwesentlich ausgelassene) Redensarten, die nur den Gegnern Waffen liefern und der politischen Verbandsreputation schaden können. Indessen soll man doch nicht die oratorischen Entgleisungen eines Einzelnen dem ganzen Verband zur Last legen. Es ist vielmehr anzuerkennen, daß die Beschlüsse samt und sonders durchaus praktische Ziele verfolgen und anwendbare Mittel vorschlagen. Dies gilt in Sonderheit auch von der Resolution zur Ausländerfrage der deutschen Hochschulen. S.

Die marokkanische Frage.

Frankreichs Standpunkt im Marokkostreit ist jetzt vollkommen geklärt. Rouvier ist grundsätzlich nicht länger abgeneigt, eine Konferenz zu beschicken. Er übernimmt es auch, die Mächte, mit denen Frankreich Abkommen über Marokko getroffen hat, also in erster Reihe England, zur Annahme der Konferenz-Einladung zu bestimmen; nur will er, daß vorher genau bestimmt werde, welche Punkte Deutschland zur Erörterung zu stellen wünscht und welche Forderungen es erhebt. Im Falle der vorherigen sachlichen Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich hätte die Konferenz in der Hauptsache nur die Sonderabmachungen zwischen diesen beiden Mächten zu bestätigen.

Dafür beginnt jetzt plötzlich von England aus ein neuer Kampf gegen die deutsche Marokkopolitik. Unter völliger Aufgabe ihrer der deutschen Marokkopolitik bisher durchweg freundlichen Haltung veröffentlicht die Londoner „Morning Post", das einzige unabhängige konservative Morgenblatt, an leitender Stelle einen anderthalb Spalten langen, „Foreign observer" unterzeichneten Brief, worin unter der Ueberschrift „Deutschland, Frankreich und Großbritannien" Deutschland bezichtigt wird, die marokkanische Frage lediglich deshalb aufgerollt zu haben, um einen Hebel zu gewinnen, mit dem es sich an die Spitze der europäischen Mächte schwingen will. Frankreich und England sollten getrennt und nacheinander einzeln gedemütigt werden. Die „Morning Post" stimmt dieser Auffassung, die bisher nur in der hiesigen Rinnsteinpresse vertreten wurde, vollkommen bei und schreibt: „An alledem kann der Hauptsache nach kein Zweifel sein, auch England wird in einer nicht fernen Zukunft herausgefordert werden, seine Existenzberechtigung wird angegriffen werden von dem Herrn so vieler Bataillone, dessen Flotte schon heute stark ist und manche unerwartete Verstärkung erhalten kann. Die Wahrheit ist, daß dieser Kampf um unsere nationale Existenz der nächste ist, den die geschichtliche Entwickelung uns vorbehält. Mit unserem gegenwärtigen politischen System können wir ihn unmöglich gewinnen. Die Frage, ob das britische Reich stehen oder fallen soll, wird, so fährt das Blatt mit einer Variante des Bismarckschen Wortes fort, „nicht mit Stimmzetteln entschieden werden, sondern mit Flintenkugeln und Granaten". Der Artikel schließt: Rüsten oder nicht rüsten, das ist jetzt die Frage."

Daß sich hier englische Parteipolitik etwas breit macht, ist klar, gleichwohl wäre es verfehlt, die Auslassung des Tory-Blattes ganz unbeachtet zu lassen.

Erfreulich ist es, daß die nordamerikanische Union jedenfalls keine deutschfeindliche Haltung einnehmen wird, nachdem sich der deutsche Botschafter in Washington Speck von Sternburg über die Ziele der deutschen Politik ausgelassen und dabei gesagt hat, die Politik des Kaisers sei nicht aggressiv. Deutschlands Rolle in den gegenwärtigen Verwicklungen entspringe nicht der Sucht nach Gebietserweiterung oder dem Versuche, besondere Vorrechte zu erlangen, sondern seiner absoluten Weigerung, Abmachungen anzuerkennen oder daran teilzunehmen, welche die Herstellung irgend einer Einflußsphäre einer einzelnen Macht in Marokko enthalten. Deutschland trete für die offene Tür und für Aufrechterhaltung des status quo in Marokko ein, wie dies in China der Fall war.

Der Aufstand in Südwestafrika.

Verlustliste.

Ein amtliches Telegramm aus Windhuk meldet: Am Typhus gestorben der Reiter Adolf Stahl, geb. am 6. August 1883 zu Mannheim, früher im 4. Feldartillerie-Regiment Nr. 65, am 13. Juni im Lazarett Kalkfontein.

Englischer Besuch.

Nach einem am Sonntag aus Windhuk in Berlin eingetroffenen Telegramme ist der englische Oberstleutnant Trench von der Royal-Artillerie in Gibraltar, welcher dem Hauptquartiere des Generals Trotha zugeteilt war, am 8. Juni in Lüderitzbucht eingetroffen, und seit dem 10. Juni auf dem Marsche nach Ketmannshoop, wo er voraussichtlich am 17. Juni eingetroffen sein wird. Trench ist mit allen afrikanischen Verhältnissen vertraut.

Deutsches Reich.

Leipzig, 19. Juni.

* **In majorem papae gloriam.** Ueber die Frage, ob auch der Papst an der letzten internationalen Arbeiterkonferenz teilnehmen solle, ist in Bern sehr lebhaft verhandelt worden. Jetzt teilt die „Basl. Ztg." mit, daß die Anregung dazu noch in den letzten Tagen vor dem Zusammentritt von einer gewissen Seite mit aller Entschiedenheit wieder aufgenommen und wiederholt zur Sprache gebracht worden, und zwar durch den diplomatischen Vertreter einer Großmacht, von der man wegen ihres hervorragenden protestantischen Charakters es am wenigsten erwartet hätte. Der Antrag fand dabei auffälligerweise auch Unterstützung bei Delcassé, dem gewesenen französischen Minister des Auswärtigen. Die Anregung wurde so nachdrücklich betont, daß sie sich schließlich zu einer wichtigen Sache auswuchs und beinahe die Konferenz selbst in Frage stellte. Mit der protestantischen Großmacht ist natürlich das deutsche Reich gemeint, das dabei sein Wohlwollen für Rom unzweideutig dokumentiert hätte.

* **Die Oeffentlichkeit der Militärgerichtsverhandlungen.** Für größere Oeffentlichkeit bei Militärgerichtsverhandlungen tritt die „Straßburger Post" ein, der gewiß keine radikalen Neigungen nachgesagt werden können, unter Hinweis auf den Ausschluß der Oeffentlichkeit in wichtigen Prozessen der letzten Zeit. Die Oeffentlichkeit liege auch im Interesse der Militärgerichte selbst, da z. B. bei der Aufhebung der exorbitant hohen Strafen der ersten Instanz durch das höhere Gericht die Oeffentlichkeit sonst glaube, nicht neues Beweismaterial, sondern die allgemeine Entrüstung über die hohen Strafen habe die Milderungen herbeigeführt, und bei dem Ausschluß der Oeffentlichkeit sei es unmöglich, das als unrichtig nachzuweisen. Das Straßburger Blatt schließt mit folgenden zutreffenden Ausführungen:

> Unseres Erachtens liegt eine solche Beschränkung der Oeffentlichkeit, wie sie gegenwärtig seitens der Militärgerichte geübt wird, nicht im Interesse der militärischen Rechtspflege. Sie setzt dieselbe dem Verdacht aus, daß sie etwas zu verbergen habe, was nicht in Ordnung sei, und erweckt dadurch Mißtrauen. Man glaube doch nur nicht, daß sich Mißstände auf solche Weise unterdrücken lassen. In der Zeit der Presse und des Verkehrs wird doch alles in der Oeffentlichkeit bekannt. Die Sucht, etwas vor der Oeffentlichkeit zu verbergen, führt dann nur zu Uebertreibungen und falschen Gerüchten. Aber selbst wenn es möglich wäre, gewisse unliebsame Vorkommnisse der Oeffentlichkeit vorzuenthalten, so würde damit doch niemals der Beseitigung dieser Mißstände gedient werden. Im Gegenteil wirkt dazu erfahrungsgemäß am besten die öffentliche Kritik. Und glaube man etwa, daß die Disziplin darunter leiden könnte, daß die Angehörigen des Heeres erfahren, in welch scharfer Weise Ausschreitungen ihrer Kameraden gerügt werden? Man sollte doch gerade die entgegengesetzte Wirkung von der öffentlichen Verhandlung erwarten. So läßt sich der grundsätzliche Ausschluß der Oeffentlichkeit weder vom Standpunkt des Gesetzes, noch von demjenigen des Interesses des Heeres rechtfertigen, und wir möchten wünschen, daß die Militärgerichte wiederum zu der Praxis zurückkehren, welche sie vor dem Metzer Prozeß befolgt haben.

Dazu müßte freilich erst der bekannte gegen die Oeffentlichkeit gerichtete Erlaß zurückgezogen werden.

*

Berlin, 19. Juni.

* **Der Kaiser** ist am Sonntag abend an Bord der „Hohenzollern" mit den Begleitschiffen in Cuxhaven eingetroffen. Die Fahrt nach Helgoland wurde wegen des ungünstigen Wetters aufgegeben. Am Montag mittag sind die „Atlantic" und andere Jachten eingetroffen. Der Kaiser besuchte die Jachten „Meteor", „Ilduna", „Hamburg" und die Stationsjacht „Alice Roosevelt". Zur Frühstückstafel an Bord der „Hohenzollern" waren geladen: Admiral v. Bendemann, Admiral v. Eisendecher, Kapitän Karpff, die Herren Odschinsky, Guilleaume und Leutnant v. Plessen. Die Stadt Cuxhaven hatte geflaggt. Die Schiffe im Hafen hatten Flaggenparade angelegt. Das Wetter war am Montag mittag ziemlich schön, von Helgoland jedoch wurde starker Nebel gemeldet.

* **Zum Ableben Wissmanns.** Der „Reichsanz." veröffentlicht einen Nachruf für Dr. Hermann von Wissmann, in dem es nach einer Schilderung des Lebensganges des Verstorbenen heißt:

> Wissmann hat sich sowohl als Forscher, wie auf kolonialem Gebiete ganz hervorragende Verdienste erworben. Durch seine Forschungsreisen hat er wesentlich dazu beigetragen, das Dunkel zu lichten, welches einen großen Teil Afrikas noch umhüllte. Als erster Deutscher durchquerte Wissmann den dunklen Erdteil und stellte sich schon durch seine erste Expedition in die vorderste Reihe der Afrikaforscher. Mit der Entwickelung Deutsch-Ostafrikas wird der Name Wissmanns stets aufs engste verknüpft bleiben. Besonders die schnelle und erfolgreiche Niederwerfung des Araberaufstandes unter den schwierigsten Verhältnissen unternommen und durchgeführt, ist sein bleibendes, ruhmvolles Verdienst. Persönlich zeichnete er sich durch hervorragende Liebenswürdigkeit und Kameradschaftlichkeit aus; er besaß eine große Zahl von Freunden, die neben seinen Angehörigen seinen Tod aufs schmerzlichste beklagen.

* **Die Berggesetzkommission des Herrenhauses** begann am Montag um 1½ Uhr ihre Beratungen mit der Novelle über die Arbeiterverhältnisse. Referent für diese Vorlage ist Herr v. Burgsdorff, Referent für den Gesetzentwurf betreffend den Zwangsbetrieb von Bergwerken (Stillegungsgesetz) und für den betr. das zeitweilige Verbot der Mutungen (Antrag Gamp-König) der Geheime Oberbergrat Dr. Wachler. Minister Möller und mehrere Regierungskommissare waren erschienen, um die Vorlagen zu vertreten. Die Verhandlungen der Kommission leitete als Vorsitzender Freiherr v. Manteuffel. An Stelle des Oberbürgermeisters Zweigert-Essen ist Oberbürgermeister Becker-Köln in die Kommission eingetreten. Beschlüsse wurden bisher noch nicht gefaßt.

* **Graf Posadowsky an die evangelischen Arbeitervereine.** Pfarrer Lic. Weber hat im Namen des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine den Staatssekretär Grafen Posadowsky zum 60. Geburtstage beglückwünscht und darauf folgende Antwort erhalten:

> Hochverehrter Herr Lizentiat. Haben Sie meinen besten Dank für Ihre gütigen Glückwünsche zu meinem sechzigsten Geburtstage. Das Leben vergeht so schnell, daß man suchen muß, es möglichst nützlich aufzubrauchen und das geschieht noch immer im Dienst der Mitmenschen! Möchte das Werk der von Ihnen so aufopferungsvoll geleiteten evangelischen Arbeitervereine dazu beitragen, den sittlichen Gehalt und wirtschaftlichen Lebensstand unserer Arbeiter zu heben und unserem Volk den inneren Frieden zu geben. Ihr aufrichtig ergebener Posadowsky.

— Ordensverleihungen. Der Kaiser hat dem Generaldirektor der Amerika-Linie Ballin den Stern zum Kronenorden II. Klasse, dem Präsidenten der Akademie der Wissenschaften zu München Professor v. Heigel den Kronenorden II. Klasse mit Stern und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Hamburg-Amerika-Linie Tietgens den Kronenorden II. Klasse verliehen.

— Eine Verbesserung der sanitären Aufsicht in den preußischen Gefängnissen scheint in Aussicht genommen zu sein. Dem „Vorw." zufolge sind an die Gefängnisärzte Zirkulare ergangen, in denen sie befragt werden, welche Verbesserungen sie für Lazarett- und sonstige ärztliche Verhältnisse für erwünscht halten.

— Die Anstellung eines Regierungssyndikus an der Technischen Hochschule in Hannover sollte, nach der „Zentralb. Korr.", trotz des Protestes der Hochschulbehörde vom Kultusministerium für 1906 angeordnet werden. Der „Hann. Kur." weist demgegenüber darauf hin, daß diese Anstellung der Genehmigung des preußischen Landtages bedarf und vorher nicht „angeordnet" werden kann.

— Der ehemalige Fähnrich zur See Hüssener hat nunmehr seine Strafe in Weichselmünde abgebüßt. Er ist zum Besuch seiner Angehörigen in Neuwied eingetroffen.

— Das Strafverfahren gegen den „Vorwärts" wegen Veröffentlichung jenes Geheimerlasses des Marine-Staatssekretärs, in welchem Herr von Tirpitz rechnerische Feststellungen über die finanzielle Wirkung des Flottengesetzes anordnete, ist jetzt eingestellt worden, soweit es gegen den Redakteur Karl Leid gerichtet war. Die Anklage lautete auf Hehlerei. Der Staatssekretär hatte für den Fall, daß der Stichler in der Person eines Beamten seines Ressorts vermutet würde, eine Belohnung von 3000 ℳ ausgesetzt. Doch ist das offenbar ohne Erfolg geblieben.

*

* **Der 9. Verbandstag Deutschnationaler Handlungsgehülfen,** der am Sonnabend in Hamburg begann, weist eine sehr zahlreiche Beteiligung auf. Außer ca. 1000 reichsdeutschen Städten sind mehr als 20 österreichische und die gleiche Zahl ausländischer Städte vertreten, darunter New York, Paris, London usw. Der Sonntag beginnt mit dem Vortrage des Herrn Döring über: „Handlungsgehülfenkammern", dem folgende Leitsätze zugrunde gelegt sind: Der 9. deutsche Handlungsgehülfentag ersucht den Bundesrat und das Reichsamt des Innern, den § 18 des Gesetzes über Kaufmannsgerichte zu einem besonderen Gesetz über Handlungsgehülfenkammern auszubauen derart, daß durch eine ausreichende Zahl von Kammern eine lückenlose kaufmännische Standesvertretung geschaffen wird. Die Abgrenzung der Kammerbezirke und den Sitz der Kammer bestimmt die Landeszentralbehörde nach Anhörung der Vertretungen beteiligter selbständiger und angestellter Kaufleute. Dem Wahlverfahren sind die Bestimmungen über die Wahlen zu den Kaufmannsgerichten zugrunde zu legen, mit dem Unterschied, daß das aktive Wahlrecht an die Vollendung des 21. Lebensjahres, das passive Wahlrecht an die Vollendung des 25. Lebensjahres geknüpft wird. Für die Tätigkeit der Kammern sind der Sitzungszwang und der Verhandlungszwang gesetzlich festzulegen. Der Vorsitz der Kammer ist einem volkswirtschaftlich und im Verwaltungsdienst ausgebildeten Beamten zu übertragen. Die Kosten der Organisation trägt das Reich. Die erforderlichen Geschäftsräume und Einrichtungen sind von den Gemeinden unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Als Zweck und Aufgaben dieser Kammer sind im Sinne der Kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 u. a. anzusehen: Gutachten und Anregungen auf dem Gebiete der staatlichen und kommunalen Sozialpolitik für das Handelsgewerbe, fortlaufende statistische Erhebungen über die Lage der Handelsangestellten, Förderung und Unterstützung gemeinnütziger Bestrebungen, Mitwirkung bei der Regelung des Lehrlings- und Handelsschulwesens, Unterstützung der Wohnungs-, Gesundheits- und Wohlfahrtspflege, Auskunftsstelle für Fragen der sozialpolitischen Gesetzgebung, Mitwirkung bei der Schlichtung von Lohnstreitigkeiten, Förderung der Bestrebungen zum Abschluß von Tarifverträgen oder zur Errichtung von Tarifämtern zwecks Festsetzung und Einhaltung vereinbarter Mindestgehälter, Mitwirkung bei der Organisation des kaufmännischen Arbeitsnachweises. Daran schloß sich an ein Vortrag über „Die Arbeitszeit in den Kontoren", Berichterstatter Herr Roth. Der Redner übt scharfe Kritik an der Art der Erhebungen und besonders auch den Gutachten der Handelskammern und kaufmännischen Vereine. Der Verbandstag erhebt im Anschluß an dieses Referat folgende Forderungen: 1) Völlige Sonntagsruhe; 2) Höchstarbeitszeit von 9 Stunden bei mindestens zweistündiger Mittagspause in Kontoren und den dazu gehörigen Lagerräumen mit geteilter Arbeitszeit, von 8 Stunden in